

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

1. Sitzung des Hauptausschusses (Wahlperiode 2023-2028)

Sitzungstermin:	Dienstag, 29.08.2023	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:04 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Peter Petereit - SPD & FW Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender		
Thorsten Fürter - FDP Fraktionsvorsitzender		
Dirk Groß - AfD Fraktionsvorsitzender		
Juleka Schulte-Ostermann - LINKE & GAL		
Tim Stüttgen - Unabhängige Volt-PARTEI		
Tamina Vahlendieck - SPD & FW Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
Frank Zahn - SPD & FW		
Lothar Möller - BfL (fraktionslos)		
Stellvertreter:in		
Stefan Krause - CDU	Vertretung für: Herrn Andreas Zander bis einschl. TOP 7.2 (18.54 Uhr)	
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Mandy Siegenbrink Fraktionsvorsitzende	
Henning Schumann - CDU Stadtpräsident	Vertretung für: Herrn Bernhard Simon	
Verwaltung		
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister		
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen		

Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	bis TOP 7.2
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement	bis TOP 7.2
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Dr. Caren Heuer - Kulturstiftung Hansestadt Lübeck (Wiss. Projektkoordination Buddenbrookhaus)	bis TOP 7.2
Birgit Jannsen - 5.651 GMHL	bis TOP 7.2
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	
Janika Köhler - Persönliche Referentin	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	bis TOP 7.2
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Protokollführung	
Antje Luck - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	entschuldigt
Bernhard Simon - CDU	entschuldigt
Andreas Zander - CDU	entschuldigt
Verwaltung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	AM Christopher Lötsch (CDU): Lümo in Travemünde	VO/2023/12281
3.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Christopher Lötsch (CDU): Lümo in Travemünde	VO/2023/12281-01
3.2	Anfrage BM Juleka Schulte-Ostermann (LINKE & GAL): Entgeltgruppe TVÖD 2 für städtische Reinigungskräfte	VO/2023/12377
3.3	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Nahverkehr	VO/2023/12387
3.4	NEU: mündl. Anfrage von AM Schulte-Ostermann betr. Parkhaus am Fahrenberg	
3.5	NEU: mündl. Anfrage von AM Fürter betr. verkaufsoffene Sonntage	
3.6	NEU: mündl. Anfrage des Vorsitzenden betr. Eintrittspreise der Lübecker Schwimmbäder	
3.7	NEU: mündl. Anfrage von AM Dr. Flasbarth betr. Sachstand seiner Anfrage VO/2021/10520 Neue Arbeitsformen in der Verwaltung	
4	Berichte	
4.1	1. Zwischenbericht zum Produkthaushaltsplan 2023	VO/2023/12268
4.2	Statusbericht 2022 des Rechnungsprüfungsamtes	VO/2023/12098
4.3	Monitoring-Bericht 2020 und 2021 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck	VO/2023/12157
4.4	Monitoringbericht 2022 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck	VO/2023/12243
4.5	Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen per 01.06.2023	VO/2023/12415
4.6	Austauschvorlage Entwicklung der Liquiditätskredite seit dem 01.01.2010	VO/2023/12388-01

4.7	Prüfantrag kostenfreie Perioden-Hygieneartikel	2022/10995-01-01
4.7.1	Änderungsantrag, AM Juleka Schulte-Ostermann (Linke & GAL) : Prüfantrag kostenfreie Perioden-Hygieneartikel	VO/2022/10995-02
4.8	Fortsetzung des Projektes "Buddenbrookhaus, Erweiterung, Umbau und Sanierung, Mengstraße 4+6, 23552 Lübeck"	VO/2023/12438
4.9	Heiligen-Geist-Hospital - Zukunftsperspektiven	VO/2023/12467
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. §82 I GO für das Haushaltsjahr 2023 im Produkt 111007 Informationstechnik	VO/2023/12409
5.2	Grundsatzentscheidung zur Einführung der Elektronischen Akte (E-Akte) und der elektronischen Vorgangsbearbeitung sowie zum Aufbau einer zentralen Scan-Stelle in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck	VO/2023/12275
5.3	Gründung und Beauftragung der Gleisinstandhaltung Lübeck GmbH für die Instandhaltung der Hafenbahn	
5.4	Feststellung des Jahresabschlusses der Hansestadt Lübeck zum 31. Dezember 2021	VO/2023/12015-01
5.5	Stiftung "Vereinigte Testamente" (VT): Feststellung des Jahresabschlusses 2020	VO/2023/12284
5.6	Stiftung "Lübecker Wohnstifte" (LW): Feststellung des Jahresabschlusses 2020	VO/2023/12285
5.7	Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck (KS): Feststellung Jahresabschlüsse 2019 und 2020	VO/2023/12286
5.8	Stiftung Kriegsoferdank: Feststellung des Jahresabschlusses 2020	VO/2023/12353
5.9	Westerauer Stiftung: Feststellung des Jahresabschlusses 2020	VO/2023/12354
5.10	Beschluss über die Finanzierung der Personal- und Sachkosten der Begegnungsstätte "Mühle 77" in der Trägerschaft der Diakonie Nord Nord Ost (DNNO)	VO/2023/12211
5.11	Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Virchowstraße	VO/2023/12229
5.12	Vorlage zur 2. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck	VO/2023/12244
5.13	Grundsätze für die Beschaffung von klimafreundlichen Fahrzeugen für den Fuhrpark der Entsorgungsbetriebe Lü-	VO/2023/12191

	beck	
5.14	Preistarif Nordische Filmtage Lübeck 2023 - Redaktionelle Anpassung	VO/2023/12161
5.15	Bestellung eines Rechnungsprüfers	VO/2023/12374
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Bernhard Simon (CDU): Kein Ankauf des Gebäudes der Bundesbank in Lübeck durch die Stadt	VO/2023/12419
7.1.1	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL) Änderungsantrag zu VO/2023/12419 AM Bernhard Simon (CDU): Ankauf des Gebäudes der Bundesbank in Lübeck durch die Stadt	VO/2023/12419-01
7.2	Antrag des Beirats für Senior:innen: Verpflichtung Mitglieder des Senior:innenbeirates	VO/2023/12456
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- TOP 4.6 / VO/2023/12388-01
Austauschvorlage Entwicklung der Liquiditätskredite seit dem 01.01.2010
- **NEU** TOP 4.7.1 / VO/2022/10995-02
Änderungsantrag, AM Juleka Schulte-Ostermann (Linke & GAL) : _Prüfantrag kostenfreie Perioden Hygieneartikel
- TOP 4.8 / VO/2023/12438
Fortsetzung des Projektes "Buddenbrookhaus, Erweiterung, Umbau und Sanierung, Mengstraße 4+6, 23552 Lübeck"
- TOP 4.9 / VO/2023/12467
Heiligen-Geist-Hospital - Zukunftsperspektiven
- **NEU** TOP 7.1.1 /VO/2023/12419-01
AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL) Änderungsantrag zu VO/2023/12419 AM Bernhard Simon (CDU): Ankauf des Gebäudes der Bundesbank in Lübeck durch die Stadt

Der Vorsitzende weist ferner darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist. Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.4 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.5 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.6 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.7 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig
der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.8 zu.**

Der Vorsitzende teilt mit, dass gem. § 39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist. Der Bürgermeister hat um die Teilnahme folgender Mitarbeitenden gebeten:

- Herrn Groth, Bereichsleitung Bürgermeisterkanzlei
- Frau Köhler, Persönliche Referentin
- Herrn Uhlig, Bereichsleitung Haushalt & Steuerung
- Herrn Kaschel, Bereichsleitung Lübeck Port Authority

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der HA in seiner Sitzung am 20.06.23 folgenden Beschluss im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

- Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme „Umbau und Sanierung Behnhaus Drägerhaus“ am Standort Königstr. 9 – 11 mit Mehrkosten fortzusetzen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

***Der Hauptausschuss stellt damit die
Tagesordnung einstimmig fest.***

“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2023

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 AM Christopher Lötsch (CDU): Lümo in Travemünde
Vorlage: VO/2023/12281

zu 3.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Christopher Lötsch (CDU): Lümo in Travemünde
Vorlage: VO/2023/12281-01

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Anfrage BM Juleka Schulte-Ostermann (LINKE & GAL): Entgeltgruppe TVÖD 2 für städtische Reinigungskräfte
Vorlage: VO/2023/12377

Herr Bürgermeister Lindenau berichtet unter Bezugnahme auf den Auftrag der Bürgerschaft, eine Neubewertung der Stellen der städtischen Reinigungskräfte zu prüfen, zu dieser Angelegenheit und führt aus, dass im Ergebnis der Prüfung die derzeitige Eingruppierung des Reinigungspersonals rechtmäßig sei. Auch ein Vergleich mit den anderen kreisfreien Städten habe keine anderen Erkenntnisse ergeben, sofern für diese Aufgabe überhaupt noch städtisches Personal eingesetzt werde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Nahverkehr
Vorlage: VO/2023/12387

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.4 NEU: mündl. Anfrage von AM Schulte-Ostermann betr. Parkhaus am Fahrenberg

AM Frau Schulte-Ostermann bittet unter Bezugnahme auf die mediale Berichterstattung zum Thema Parkhaus Am Fahrenberg in Travemünde um Darstellung der Kosten für die Szenarien Bau des Parkhauses und Nichtumsetzung des Vorhabens einschließlich der Umweltfolgekosten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.5 NEU: mündl. Anfrage von AM Fürter betr. verkaufsoffene Sonntage

Auf Nachfrage von AM Fürter informiert Herr Bürgermeister Lindenau zur aktuellen Entwicklung bezüglich der verkaufsoffenen Sonntage in Lübeck und weist darauf hin, dass die durch Satzung genehmigten verkaufsoffenen Sonntage anlässlich von Erntedank und der Nordischen Filmtage weiterhin bestand hätten. Eine Nachfrage von AM Fürter beantwortet Herr Lindenau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.6	NEU: mündl. Anfrage des Vorsitzenden betr. Eintrittspreise der Lübecker Schwimmbäder
---------------	---

Der Vorsitzende fragt, ob die Kartenpreise für Vereine angehoben worden seien und ggf. aus welchem Grund.

Herr Hinsen sagt in Vertretung für Frau Frank eine Beantwortung der Anfrage zum Protokoll oder zur nächste Sitzung zu.

Anmerkung zum Protokoll:

Die Antwort der Verwaltung lautet: Nein, wurden sie nicht. Die Eintrittspreise (Vereine, Schulen, Öffentlichkeit) wurden letztmalig zum 01.01.2017 angepasst.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.7	NEU: mündl. Anfrage von AM Dr. Flasbarth betr. Sachstand seiner Anfrage VO/2021/10520 Neue Arbeitsformen in der Verwaltung
---------------	---

AM Dr. Flasbarth fragt nach dem Sachstand der Beantwortung seiner Anfrage betr. Neue Arbeitsformen in der Verwaltung.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine kurzfristige Prüfung zum Bearbeitungsstand der Anfrage zu und gibt einen Einblick in bereits umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Homeoffice, zum Desk Sharing und zu weiteren neuen Arbeitsformen in der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 1. Zwischenbericht zum Produkthaushaltsplan 2023
Vorlage: VO/2023/12268**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Statusbericht 2022 des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: VO/2023/12098**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Monitoring-Bericht 2020 und 2021 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt
Lübeck
Vorlage: VO/2023/12157**

AM Schulte-Ostermann fragt, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung aus den Empfehlung der Berichte ziehe.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass das zentrale Vergabewesen und Monitoring im Rahmen eines Projekts überarbeitet werden soll. Hierzu sei die Einrichtung einer Projektleitungsstelle in Vorbereitung.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.4 Monitoringbericht 2022 für Vergabeverfahren bei der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2023/12243

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.5 Umsetzungsstand der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konsolidie-
rungsmaßnahmen per 01.06.2023
Vorlage: VO/2023/12415

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.6 Austauschvorlage Entwicklung der Liquiditätskredite seit dem 01.01.2010
Vorlage: VO/2023/12388-01

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.7 Prüfantrag kostenfreie Perioden-Hygieneartikel
Vorlage: 2022/10995-01-01

Die Behandlung des TOP erfolgt zusammen mit TOP 4.7.1

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.7.1 Änderungsantrag, AM Juleka Schulte-Ostermann (Linke & GAL) :_Prüfantrag
kostenfreie Perioden-Hygieneartikel
Vorlage: VO/2022/10995-02

AM Dr. Flasbarth unterstützt den Änderungsantrag von AM Schulte-Ostermann.

Nachfragen von AM Akyurt beantwortet Frau Senatorin Steinrücke und teilt mit, den Protokollauszug bezüglich des im Sozialausschuss zu der Vorlage beschlossenen Antrags bis zur Bürgerschaft zur Verfügung zu stellen.

Nachfragen des Vorsitzenden beantwortet Frau Steinrücke und teilt mit, dass eine Berücksichtigung im Haushalt bisher nicht erfolgt sei.

AM Schulte-Ostermann erläutert den Hintergrund ihres Änderungsantrags und bezieht sich auf den ursprünglichen Prüfauftrag der FDP-Fraktion.

Dazu spricht Frau Steinrücke und wirbt mit Blick auf die begrenzten Kapazitäten für eine Pilotphase an ausgewählten Standorten.

AM Petereit spricht sich für die Umsetzung der Empfehlung des Sozialausschusses sowie für eine längere Pilotphase von 12 Monaten aus.

AM Fürter befürwortet ebenfalls ein gestuftes Vorgehen und begründet dies.

AM Akyurt appelliert an AM Schulte-Ostermann, den vorliegenden Änderungsantrag zurückzuziehen und zur Bürgerschaft mit dem Antrag des Sozialausschusses abzugleichen.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Änderungsantrag ohne Votum weiterzugeben und begründet dies.

**Der Ausschuss ist einstimmig
mit diesem Vorgehen einverstanden.**

Antrag:

- 1) Es werden alle im Prüfauftrag VO/2022/10995 genannten Örtlichkeiten mit kostenfreie Perioden-Hygieneartikel ausgestattet.
- 2) Es erfolgt nach 12 Monaten eine Evaluierung der Abläufe und eine Umsetzung der sich daraus ggf. ergebenden Optimierungen der organisatorischen Abläufe zur Sicherstellung der kostenfreien Hygieneprodukte an allen betreffenden Örtlichkeiten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 4.8 Fortsetzung des Projektes "Buddenbrookhaus, Erweiterung, Umbau und Sanierung, Mengstraße 4+6, 23552 Lübeck"
Vorlage: VO/2023/12438

AM Dr. Flasbarth bittet um Beantwortung der offenen Fragen aus der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Kultur- und Denkmalpflege.

Dazu sprechen Herr Senator Hinsen und Frau Senatorin Hagen.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Stolzenberg als Vorsitzenden des Kulturausschusses das Wort.

Herr Stolzenberg berichtet aus der Beratung des Berichts im Kulturausschuss und teilt mit, dass gebeten worden sei, die Hofordnung und den Lageplan Oberer Wedehof bis zur Bürgerschaft zur Verfügung zu stellen. Herr Stolzenberg teilt weiter mit, dass im Ausschuss noch Informationsbedarf bestehe zu den Möglichkeiten zur Veränderung der Erschließung im Sanierungsgebiet. Als weiteren offenen Punkt führt Herr Stolzenberg eine von der Bürgerschaft beschlossene zweite Veranstaltung mit einem Expertengremium an.

Herr Bürgermeister Lindenau weist unter Bezugnahme auf die mehrfache ausführliche schriftliche Berichterstattung der Verwaltung darauf hin, dass es keine rechtlichen neuen Sachstände gibt und alle Fragen beantwortet seien.

Herr Dr. Stockhausen teilt mit, dass die Verwaltung gerne nochmal zu einem weiteren Expertengespräch einladen werde.
Dazu sprechen der Vorsitzende und AM Dr. Flasbarth.

Zur Erörterung der Thematik im Kulturausschuss sprechen mehrfach AM Dr. Flasbarth, Herr Lindenau und der Vorsitzende.

Herr Groth erläutert unter Bezugnahme auf die Fragen von Frau D'Amico im Kulturausschuss, dass bei Veränderung von Eigentumsrechten alle Hofanlieger:innen zustimmen müssen, auch wenn keine direkte Betroffenheit besteht.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.9 Heiligen-Geist-Hospital - Zukunftsperspektiven Vorlage: VO/2023/12467
--

Herr Böhm beklagt, dass der Bericht nicht mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf vorgelegen hätte.

Frau Senatorin Hagen erläutert die Vorlage, die einen Gesamtüberblick über den aktuellen Stand des Projekts unter ausführliche Beantwortung aller Fragen gibt.

Nachfragen von AM Dr. Flasbarth zur Vergabe der Umsetzung des genehmigten Brandschutzkonzepts und zu den Brandwachen beantwortet Frau Senatorin Hagen und erläutert, dass eine umfassende Sanierung nicht bei laufendem Betrieb möglich sei und die Brandwache in Abstimmung mit der Bauaufsicht und der Feuerwehr entfallen könne, wenn die schwierig zu rettenden Bereiche geräumt seien.

Dazu sprechen AM Dr. Flasbarth und Herr Babendererde. AM Dr. Flasbarth bittet anschließend darum, seine Fragen und den Redebeitrag von Herrn Babendererde wörtlich zu Protokoll zu nehmen:

Wortprotokoll Redebeitrag AM Dr. Flasbarth:

Das beantwortet aber jetzt nicht die Frage. Also die Frage ist ja hier für die Gebäudeteile, die jetzt noch im Betrieb sind, wenn wir dort keine Brandwache mehr benötigen, was sagt das dann über das Gefährdungspotential für Leib und Leben aus?

Wortprotokoll Redebeitrag Herr Babendererde:

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Dr. Flasbarth, es ist genau, wie Frau Hagen es eben erläutert hat. Es gab eine Vereinbarung, ich meine am dritten September 2022 nach vielen und harten Reden zwischen Feuerwehr und Bauordnung, Stiftungsverwaltung darüber, wie erzielt werden kann, dass das HGH nicht

sofort geschlossen werden soll. Und ich habe es mehrfach erläutert, dass die große Sorge der Feuerwehr war, dass ein Vollbrand entsteht. Und deswegen war das Planungsziel, dass zu erreichen war, damit der Betrieb nicht sofort unterbrochen werden musste, sondern dass man über einen gewissen Interimszeitraum noch das HGH betreiben kann, war die Voraussetzung, dass wir gewisse Mindeststandards erzielen werden, die in ihrer Gesamtheit dann am Ende es für die Feuerwehr und für die Bauordnung ermöglichen, einen Weiterbetrieb über einen limitierten Zeitraum zu ermöglichen. Diese Verabredung setzte also voraus, u.a. auch eine Brandwache aber auch technische, also eine Vielzahl von technischen Maßnahmen, die umzusetzen waren. Und die Feuerwehr hatte dann gesagt, wenn in Summe diese technischen Maßnahmen umgesetzt sind, ich möchte noch darauf hinweisen, auch zu Ihrer anderen Frage, die alle direkt beauftragt worden ist. Es ging im Gefahr im Verzug, akute Gefährdung, direkte Beauftragung. Nachdem jetzt die Maßnahmen alle umgesetzt worden sind, dann hat die Feuerwehr gesagt, dann ist zum einen technisch die Voraussetzung gestellt und zum anderen auch erwartungsgemäß durch die Evaluation, dass die doch sehr eingeschränkt dort handelnden Personen, die dort leben, dann in ihrer Tätigkeit so reduziert sein werden leider, dass wir dann auf einen Bereich reduziert sein werden, dass organisatorisch ermöglicht der Feuerwehr dann über die Kompensation im Brandfall umgehen zu können. Nichts desto trotz war diese Limitierung auf diesen 30.09. von Bauordnung und Feuerwehr so vorgenommen worden, weil eben die örtliche Lage dennoch ob mit oder ohne Brandwache weiterhin diese Einschränkungen da sind und deswegen ist es nur eine akute Kompensation. Bei den Brandwachen ging es darum, dass wir einen geordneten Rückzug ermöglichen wollten durch diese Interimszeit und diese Maßnahmen, die dort umgesetzt worden sind. Und das alles nicht unter Missachtung des Vergaberechts sondern unter Würdigung des Vergaberechts und der akuten Gefährdung, dass wir hier tatsächlich ohne Wettbewerb direkt beauftragt haben und sofort gehandelt haben oder sofort handeln mussten.

- Ende Wortprotokoll -

Eine Nachfrage von AM Schulte-Ostermann zur aktuellen Gefährdungssituation beantwortet Herr Babenderdere.

AM Akyurt verweist auf den Bürgerschaftsbeschluss, eine Sanierung des HGH im Betrieb vorzunehmen und fordert die Verwaltung auf, den Beschluss und Folgeaufträge im Sinne dieses Beschlusses abzuarbeiten. AM Akyurt fragt, wie sich seitens der Verwaltung das weitere Vorgehen darstellt.

Frau Senatorin Hagen informiert über den aktuellen Stand aus Sicht der Bauaufsicht und geht auf den in Abstimmung mit dem Land beauftragten unabhängigen Prüfsachverständigen für Brandschutz ein. Die Expertise des Prüfsachverständigen sei für Mitte September 2023 angekündigt. Auf dieser Grundlage sei seitens der Bauaufsicht die abschließende Entscheidung zum weiteren Vorgehen zu treffen.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet zur aktuellen Situation aus Sicht der Betreiberin der Einrichtung und teilt mit, dass derzeit keine Kündigungen ausgesprochen würden, die Einrichtung im engen Austausch mit den Bewohnenden stehe und sofern gewünscht, Umzüge in andere Einrichtungen ermöglicht würden.

Eine Nachfrage von AM Fürter zur Umsetzung des Brandschutzkonzepts beantworten Frau Senatorin Hagen und Herr Babendererde, der erläutert, dass der Fokus in der Umsetzung derzeit auf der Einrichtung liege, aber grundsätzlich das gesamte Gebäude betrachtet würde. Im Weiteren erklärt Herr Babendererde, dass eine Direktvergabe der Umsetzung des Brandschutzkonzepts nicht in Frage käme. Dazu spricht AM Akyurt.

AM Dr. Flasbarth unterscheidet in Bezug auf die Kostenschätzung zwischen einer brandschutztechnischen Sanierung und der aus seiner Sicht ausreichenden Umsetzung des

Brandschutzkonzepts. Er argumentiert, dass für den Brandschutz eine Erneuerung der Brandmeldeanlage, die Erneuerung von Türdichtungen und die Anschaffung einer Funkanlage auskömmlich seien. Im Weiteren vertritt AM Dr. Flasbarth die Auffassung, dass auch im Falle einer Nutzungsuntersagung der Betrieb der Einrichtung weitergehen könne und er kritisiert die Kommunikation der Verwaltung gegenüber den Bewohnenden. Weiterhin hinterfragt AM Dr. Flasbarth die Beauftragung des Prüfsachverständigen und kritisiert das Handeln des Bürgermeisters.

AM Petereit bittet den Vorsitzenden, derart lange Wortbeiträge zu unterbinden.

Herr Bürgermeister Lindenau geht mit Bezug auf die bereits erfolgte Information des Ausschusses zu dieser Thematik auf die Rollenverteilung zwischen ihm, Frau Senatorin Hagen und Frau Senatorin Steinrücke ein und weist auf seine Aufgaben als Vorsitzender der Stiftung hin, die durch gesetzliche Vorgaben und Richtlinien eindeutig bestimmt seien.

Herr Babendererde informiert bezüglich der Ausführungen von AM Dr. Flasbarth zur Kostenschätzung der Umsetzung des Brandschutzkonzepts über die Entwicklungen in der Thematik und macht deutlich, dass die genannten grundhaften Maßnahmen unumgänglich seien.

Eine Nachfrage von Herrn Böhm zur Nutzungsuntersagung beantworten Herr Babendererde und Herr Ziemann, der zur Klarstellung darauf hinweist, dass die Entscheidung über die Nutzungsuntersagung von der Bauordnung zu treffen sei.

AM Zahn appelliert an die Ausschussmitglieder, das vorliegende Konzept der Verwaltung zur Umsetzung des Brandschutzgutachtens zur akzeptieren.

Auf Nachfrage von AM Ramcke geht Herr Babendererde auf die parallele Planung der Projekte der Umsetzung des genehmigten Brandschutzkonzepts und Herstellung der Verkehrssicherheit sowie der Ertüchtigung der Einrichtung für eine mindestens 40jährige Nutzungsdauer auf der Grundlage entsprechender Bürgerschaftsbeschlüsse ein.

An der weiteren Erörterung der Thematik beteiligen sich AM Petereit, der den Redebeitrag von AM Dr. Flasbarth kritisiert und sich dafür ausspricht, das Gutachten des Prüfsachverständigen und die Entscheidung der Bauaufsicht abzuwarten und AM Fürter, der darum bittet, dem Protokoll die Stellungnahme des Rechtsanwalts der Stiftung im Rahmen des Anhörungsverfahrens beizufügen (**siehe Anlage**). Hinsichtlich des Umbaus zu einer Einrichtung mit einer 40jähriger Nutzungsdauer spricht sich AM Fürter für eine Gesamtbetrachtung der kommunalen Senior:inneneinrichtung aus.

Dazu spricht AM Voht und verweist auf die Vorlage der Verwaltung zur Zukunftsstrategie für Senior:inneneinrichtungen. AM Voht warnt mit Blick auf die aktuelle Beschlusslage zum HGH vor einer Gefährdung der Umsetzung der Zukunftsstrategie und damit des Fortbestand der kommunalen Senior:inneneinrichtungen. Im Weiteren hebt AM Voht den Umgang der Verwaltung mit den Bewohnenden positiv hervor und anerkennt die zeitnahe Umsetzungsplanung der Verwaltung.

Frau Steinrücke führt erläuternd aus, dass die Stiftung einen Anwalt beauftragt habe, der rechtliche Schritte angekündigt habe, sollte eine Nutzungsankündigung ausgesprochen werden. Frau Steinrücke weist in Bezug auf die Ausführungen von AM Dr. Flasbarth darauf hin, dass eine außerordentliche Kündigung im Fall einer Nutzungsuntersagung durchaus möglich wäre. Sie teilt weiter mit, dass die Bewohnenden in allen Schritten informiert worden seien und berichtet über die Angebote, die Bewohnenden in anderen Einrichtungen unterzubringen, die gut angenommen würden. Frau Steinrücke gibt weiter zu bedenken, ob eine Sanierung im Betrieb im Interesse der Betroffenen sein könne und appelliert an die Politik, mit Blick auf den Pflegezustand und die Wichtigkeit der kommunalen

Daseinsvorsorge die Kosten des HGH nicht gegen die Zukunftsstrategie für die Senior:inneneinrichtungen abzuwägen.

AM Dr. Flasbarth gibt eine persönliche Erklärung ab.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. §82 I GO für das Haushaltsjahr 2023 im Produkt 111007 Informationstechnik Vorlage: VO/2023/12409**

Eine Nachfrage von AM Schulte-Ostermann zu den Kostensteigerungen für IT Leistungen beantwortet Herr Bürgermeister Lindenau.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

In den nachfolgend aufgeführten Produktsachkonten werden gem. §82 I GO überplanmäßig folgende Mittel im Haushaltsjahr 2023 bereitgestellt:

Produktsachkonto	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
111007.5271004	Informationstechnik. Aufwand für Datenverarbeitung	2023	1.300.000,00 €
Gesamt			1.300.000,00 €

Deckung

Produktsachkonto	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
111032.5271000	DOS. Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	2023	800.000,00 €
111032.5291000	DOS. Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	2023	500.000,00 €
Gesamt			1.300.000,00 €

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Grundsatzentscheidung zur Einführung der Elektronischen Akte (E-Akte) und der elektronischen Vorgangsbearbeitung sowie zum Aufbau einer zentralen Scan-Stelle in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2023/12275**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, die elektronische Akte (E-Akte) in der Verwaltung der Hansestadt Lübeck einzuführen. (Entscheidungszuständigkeit der Bürgerschaft)
2. Mit der Dataport AöR werden Dienstleistungsverträge zur Unterstützung der E-Akte-Einführung geschlossen. (Entscheidungszuständigkeit des Hauptausschusses - unter Vorbehalt der Zustimmung der Bürgerschaft zu Beschlussvorschlag Nr. 1)
3. Als E-Akte-System wird über Dataport die Software VIS-Suite des Herstellers PDV GmbH beschafft. (Entscheidungszuständigkeit des Hauptausschusses - unter Vorbehalt der Zustimmung der Bürgerschaft zu Beschlussvorschlag Nr. 1)
4. Als Scan-Lösung wird über Dataport die Software Kofax der Firma Kofax beschafft. (Entscheidungszuständigkeit des Hauptausschusses - unter Vorbehalt der Zustimmung der Bürgerschaft zu Beschlussvorschlag Nr. 1)
5. Für das ersetzende Scannen von Bestandsakten der Bereiche und für die Anbindung von Fachverfahren an das E-Akte System wird für die Dauer des Projektes ein zentrales Budget im Bereich Digitalisierung, Organisation und Strategie (kurz: DOS, 1.103) bereitgestellt. (Entscheidungszuständigkeit der Bürgerschaft)
6. Die Bürgerschaft nimmt davon Kenntnis, dass für die Dauer des Projektes mindestens folgende Aufwendungen entstehen werden (siehe auch Anlage „finanzielle Auswirkungen“ sowie Kapitel „Übersicht über die Haushaltsmittel“). Der Bürgermeister wird beauftragt, die in den einzelnen Haushaltsjahren notwendigen Mittel zu ordnen. (Entscheidungszuständigkeit der Bürgerschaft)

a) konsumtiv

Personalaufwendungen (zuzüglich künftige Personalkostensteigerungen) für die Projektorganisation/Aktenmanagement:

2023:	1.103 (DOS) (aus den vorhandenen Personalkapazitäten DOS)	100.000 €
	1.102 (Logistik, Statistik und Wahlen)	12.000 €
ab 2024:	1.103 (DOS) (aus den vorhandenen Personalkapazitäten DOS)	321.300 € p.a.
	1.102 (Logistik, Statistik und Wahlen)	36.800 € p.a.
	4.415 Archiv (neu zu schaffende Stellen gemäß Begründung)	263.600 € p.a.

Wesentliche Sachaufwendungen:

Beauftragung von Dataport zur beratenden Unterstützung (gemäß Beschlussvorschlag 2):

2023:	490.000 €
ab 2024:	910.000 € netto (ohne USt.)
ab 2025:	1.082.900 € p.a. (gem. Neufassung UStG, § 2b, Umsatzsteuerpflicht für AöR)

Für das ersetzende Scannen von Bestandsakten und die Anbindung von Fachverfahren werden für 2024 Sachaufwendungen in Höhe von 200 TEUR veranschlagt (entsprechend Beschlussvorschlag 5). Für die Folgejahre werden die benötigten Mittel bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus entstehen Aufwendungen für Wartung und Pflege sowie den technischen Support für die Programme VIS und Kofax als auch Sachaufwendungen für die Arbeitsplatzausstattung der neuen Stellen im Bereich 4.415-Archiv (siehe auch Kapitel „Übersicht über die Haushaltsmittel“).

b) investiv

2023:	VIS-Behördenlizenz	circa 370.000 €
	Kofax Lizenzen	circa 95.000 €

7. Dem Hauptausschuss wird im Rahmen der vorgesehenen Berichterstattung zur Umsetzung der Digitalen Strategie (VO/2020/08509-03; Maßnahme 2.21) auch zum Projektstatus

„E-Akte und E-Vorgangsbearbeitung“ berichtet. Darüber hinaus wird der Bürgerschaft ein jährlicher Bericht zum Stand der E-Akte Umsetzung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.3 Gründung und Beauftragung der Gleisinstandhaltung Lübeck GmbH für die Instandhaltung der Hafenbahn

Die Behandlung dieses TOP erfolgt unter TOP 14.8.

**zu 5.4 Feststellung des Jahresabschlusses der Hansestadt Lübeck zum 31. Dezember 2021
Vorlage: VO/2023/12015-01**

Eine Nachfrage von AM Schumann zu den Mindereinnahmen bei den Rettungsdiensten beantworten Herr Uhlig und Herr Senator Hinsen. Es handele sich um Rückstände in der Abrechnung mit den Kostenträgern, die jedoch vollumfänglich noch vereinnahmt werden könnten. Herr Hinsen ergänzt, dass derzeit an einer digitalen Lösung zur Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens gearbeitet werde.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2021 mit einem Jahresüberschuss von EUR 43.930.391,46 bei einer Bilanzsumme von EUR 1.661.447.584,41 wird gemäß § 92 Abs. 3 GO S-H festgestellt.
2. Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2023/12015), der am 22.03.2023 im Prüfungsausschuss abschließend beraten wurde, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.5 Stiftung "Vereinigte Testamente" (VT): Feststellung des Jahresabschlusses 2020
Vorlage: VO/2023/12284

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

- 1) Gem. §92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Stiftungsgesetz S-H wird der Jahresabschluss der Stiftung „Vereinigte Testamente“ 2020 mit einem Überschuss von + 421.941,73€ festgestellt.
- 2) Dieser Überschuss wird anteilig
 - a. in Höhe von 140.647,24€ der Freien Rücklage und
 - b. in restlicher Höhe von 281.294,49€ der Zweckrücklage zugeordnet.
- 3) Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes, der am 22.03.2023 im Rechnungsprüfungsausschuss abschließend beraten wurde (VO/2023/12019), wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.6 Stiftung "Lübecker Wohnstifte" (LW): Feststellung des Jahresabschlusses 2020
Vorlage: VO/2023/12285

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss der Stiftung „Lübecker Wohnstifte“ 2020 mit einem Fehlbetrag von -83.526,44€ wird gem. §92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. §17 Abs. 2 Stiftungsgesetz S-H festgestellt.
- 2) Dieser Fehlbetrag wird aus der **freien Rücklage** ausgeglichen.
- 3) Der beigefügte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2023/12018), der am 22.03.2023 abschließend im Prüfungsausschuss behandelt wurde, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.7 Kulturstiftung der Hansestadt Lübeck (KS): Feststellung Jahresabschlüsse
2019 und 2020
Vorlage: VO/2023/12286**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

- 1) Der Jahresabschluss 2019 der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck mit einem Fehlbetrag von - 624.792,06€ wird festgestellt.
- 2) Dieser Fehlbetrag wurde durch die Hansestadt Lübeck bereits unterjährig ausgeglichen.
- 3) Der Jahresabschluss 2020 der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck mit einem Fehlbetrag von - 716.368,47 wird festgestellt.
- 4) Dieser Fehlbetrag wurde durch die Hansestadt Lübeck bereits unterjährig ausgeglichen.
- 5) Die dazugehörigen Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes (VO/2023/12016 u 17), die am 22.03.2023 abschließend im Prüfungsausschuss beraten wurden, werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.8 Stiftung Kriegsoferdank: Feststellung des Jahresabschlusses 2020
Vorlage: VO/2023/12353**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

- 1) Gemäß § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 StiftungsG S-H wird hiermit der Jahresabschluss 2020 mit einem Jahresfehlbetrag von -14.340,76 € festgestellt, der im JA 2021 aus der Freien Rücklage ausgeglichen wird.
- 2) Der anliegende Prüfbericht des Prüfungsamtes, der am 28.06.2023 im Prüfungsausschuss (VO/2023/12291) abschließend beraten wurde, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.9 Westerauer Stiftung: Feststellung des Jahresabschlusses 2020
Vorlage: VO/2023/12354

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

- 3) Gemäß § 92 Abs. 3 GO S-H i.V.m. § 17 Abs. 2 StiftungsG S-H wird hiermit der Jahresabschluss 2020 mit einem Jahresüberschuss von 596,17 € festgestellt, der im JA 2021 der Freien und der Zweckrücklage zugeführt wird.
- 4) Der anliegende Prüfbericht des Prüfungsamtes, der am 28.06.2023 im Prüfungsausschuss (VO/2023/12292) abschließend beraten wurde, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.10 Beschluss über die Finanzierung der Personal- und Sachkosten der Begegnungsstätte "Mühle 77" in der Trägerschaft der Diakonie Nord Nord Ost (DNNO)
Vorlage: VO/2023/12211

AM Petereit verlässt für die Behandlung des TOP 5.10 den Sitzungsraum aufgrund von Befangenheit.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Finanzierung der Personal- und Sachkosten der Begegnungsstätte „Mühle 77“ in Trägerschaft der Diakonie Nord Nord Ost (DNNO) in Form einer kommunalen Zuwendung im Rahmen der freiwilligen Zuschüsse sicherzustellen

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.11 Verkauf eines mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, Virchowstraße
Vorlage: VO/2023/12229

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1. Das mit einem bis zum 31.12.2024 befristeten Erbbaurecht zugunsten von Frau Wiebke Ketzler belastete Grundstück in Lübeck, **Virchowstraße 22** zur Größe von 575 m² ist an die Erbbauberechtigte zu einem Kaufpreis in Höhe von **178.250,00 EUR** zu verkaufen.
2. Alle mit dem Abschluss und der Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten einschließlich der Grunderwerbsteuer sind von dem Käufer zu tragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.12 Vorlage zur 2. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2023/12244

AM Voht macht darauf aufmerksam, dass die in der Vorlage aufgeführten Erhöhungen für die Menschen, die auf Grund von Erwerbstätigkeit die Gebühren selbst zahlen müssen, eine besondere Härte darstellen und begründet dies. AM Voht kündigt für die Bürgerschaft einen Antrag seiner Fraktion an, mit dem diese soziale Härte abgefedert werden soll. Die Fraktion werde sich daher ebenso wie bereits im Sozialausschuss bei der Abstimmung dieser Vorlage enthalten.

Auf Nachfrage von AM Akyurt erläutert Frau Senatorin Steinrücke die Zusammensetzung der monatlichen Nutzungsgebühr. Dazu sprechen erneut AM Akyurt und Frau Steinrücke, die darauf hinweist, dass die Anpassung aufgrund des Kommunalabgabengesetzes vorgeschrieben sei und eine Anpassung nur auf der Grundlage eines politischen Beschlusses möglich sei.

AM Schulte-Ostermann schließt sich der Haltung von AM Voht an und begründet dies.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen.

Dazu sprechen AM Fürter, AM Petereit und erneut AM Akyurt.

**Der Hauptausschuss ist einstimmig einverstanden,
die Vorlage ohne Votum in die Bürgerschaft weiterzugeben.**

Beschluss:

Die als Anlage 3 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 5.13 Grundsätze für die Beschaffung von klimafreundlichen Fahrzeugen für den Fuhrpark der Entsorgungsbetriebe Lübeck
Vorlage: VO/2023/12191

Dazu spricht AM Ramcke, der für die Bürgerschaft einen Änderungsantrag seiner Fraktion ankündigt. Daher beantragt AM Ramcke, die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen.

AM Petereit spricht sich dafür aus, eine Abstimmung über die Vorlage vorzunehmen und begründet dies.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von AM Ramcke abstimmen:

**Der Hauptausschuss stimmt bei 4 Gegenstimmen und
3 Enthaltungen der Weitergabe der Vorlage ohne Votum zu.**

Beschluss:

Für den Fuhrpark der Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) gelten folgende Grundsätze:

1. Bei jeder zukünftigen Fahrzeugbeschaffung bei den EBL muss geprüft werden, ob klimafreundliche Alternativen erhältlich sind.
2. Die Entscheidung hat unter Berücksichtigung von Klimaauswirkungen im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu erfolgen. Klimafolgekosten sind dabei angemessen zu berücksichtigen.
3. Im Zweifel ist der klimafreundlichen Alternative der Vorzug zu gewähren.
4. Ziel ist, die Umstellung des Fuhrparks auf klimaneutrale Antriebe bis spätestens 2040 möglichst abzuschließen.

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil: (nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 5.14 Preistarif Nordische Filmtage Lübeck 2023 - Redaktionelle Anpassung Vorlage: VO/2023/12161
--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Preistarif für die Nordischen Filmtage Lübeck 2023 wird beschlossen und tritt zum 01.10.2023 in Kraft.

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.15 Bestellung eines Rechnungsprüfers
Vorlage: VO/2023/12374

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Herr Christian Hobusch wird gem. § 115 Abs.2 GO zum Rechnungsprüfer bestellt.

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Bernhard Simon (CDU): Kein Ankauf des Gebäudes der Bundesbank in
Lübeck durch die Stadt**
Vorlage: VO/2023/12419

Der Vorsitzende beantragt eine Vertagung des TOP einschl. TOP 7.1.1 auf die nächste Sitzung und lässt über seinen Vertagungsantrag abstimmen.

Der Hauptausschuss ist einstimmig

mit der Vertagung einverstanden.

Beschluss:

Die Verwaltung plant, das Lübecker Gebäude der Bundesbank zu erwerben und zu einem Verwaltungsstandort umzubauen (siehe VO/2022/11409).

Der Bürgermeister wird beauftragt:

- alle Aktivitäten der Verwaltung mit dem Ziel des Erwerbs des Bundesbank-Gebäudes sowie dessen Umgestaltung zu einem Verwaltungsstandort umgehend einzustellen. Es erfolgt somit keine Teilnahme am Bieterverfahren um das Bundesbank-Gebäude in Lübeck;
- die Musikhochschule Lübeck sowie das Land Schleswig-Holstein dabei zu unterstützen, das Gebäude von der Bundesbank zu erwerben.

Die im Haushalt 2023 für den Erwerb eingestellten Mittel in Höhe von 3,6 Mio. Euro sind zu streichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.1.1 AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL) Änderungsantrag zu VO/2023/12419 AM Bernhard Simon (CDU): Ankauf des Gebäudes der Bundesbank in Lübeck durch die Stadt
Vorlage: VO/2023/12419-01

Die Behandlung des TOP erfolgt unter TOP 7.1

Beschluss:

1. *Um den Raumbedarf der MHL von 5.600 qm für diverse Nutzungen zu decken, wird geprüft, ob mit Abriss des Parkhauses Holstentor die Fläche als Erbpachtgrundstück für das Land Schleswig-Holstein und die MHL in Frage kommt, um dort ein Mixed-Use Gebäude zu errichten, das in den Untergeschossen Parkplätze vorsieht und überirdisch den Raumbedarf der MHL deckt.*
2. *An dem Beschluss, das Gebäude der ehemaligen Bundesbank durch die Hansestadt Lübeck zu erwerben, wird festgehalten.*

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.2 Antrag des Beirats für Senior:innen: Verpflichtung Mitglieder des Senior:innenbeirates Vorlage: VO/2023/12456
--

Der Vorsitzende weist auf die den Fraktionen vorliegende Stellungnahme des Bereichs Recht zu dem Antrag hin, wonach eine uneingeschränkte Teilnahme der Beiratsmitglieder an den nichtöffentlichen Sitzungen der Gremien mit den bestehenden gesetzlichen Regelungen in der Gemeindeordnung nicht vereinbar sei.

Herr Böhm erläutert den Hintergrund des Antrags und begründet, warum der Antrag dennoch aufrechterhalten werden soll. Bei Ablehnung des Antrags würde der Beirat für Senior:innen weitergehende Schritte prüfen.

Dazu sprechen AM Voht und erneut Herr Böhm.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Antrag:

Der Beirat für Senioren und Seniorinnen der Hansestadt Lübeck beantragt, jedes Mitglied des SB, das in einen Fachausschuss entsandt wird gem. §21 Abs. 1 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein für den jeweiligen Ausschuss zur Verschwiegenheit zu verpflichten, damit den entsendeten Mitgliedern gestattet werden kann, immer am nicht-öffentlichen Teil der jeweiligen Sitzung teilnehmen zu können und die entsprechenden Unterlagen zu erhalten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18.54 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18.56 Uhr von dem Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt der Vorsitzende mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung acht Vorlagen des Bürgermeisters behandelt worden sind.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt um 19.04 Uhr die Sitzung

Lübeck, den 27. September 2023

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Antje Luck
Protokollführung